

Gemeindeversammlung und/oder Parlament ?

Die ausserordentliche Gemeindeversammlung in Glarus Nord, die zweite Runde im Prozess der Nutzungsplanung, hat wieder einmal einige Schwächen unseres aktuellen, direktdemokratischen Systems aufgezeigt. Mit rund 550 Teilnehmern war die Versammlung nicht mal schlecht besucht. Es gab Gemeindeversammlungen, die noch weniger Stimmbürger motivieren konnten, seine/ihre Rechte wahrzunehmen. 550 von 11'600 Stimmberechtigten, das sind rund 4.75% Stimmbeteiligung. Wenn man zudem im speziellen Fall noch davon ausgehen kann, dass einige Teilnehmer aus direktem Eigeninteresse teilgenommen haben, könnte man zum Schluss kommen, dass die Entscheide der Gemeindeversammlung nicht wirklich einer Mehrheit unserer Stimmbürger entspricht. Nun kann man natürlich argumentieren, dass Jede und Jeder die Möglichkeit hat seine Rechte auszuüben, Mann/Frau müsse nur teilnehmen, dem stimme ich natürlich zu.

Erlauben Sie mir aber ein kleines Gedankenexperimentes. Gehen wir mal von einer Stimmbeteiligung analog der eidgenössischen Abstimmungen von durchschnittlich etwa 25-45% aus. Das würde bedeuten, dass zwischen 2'900 und 5'200 Bürgerinnen und Bürger wirklich auch Interesse haben, sich politisch zu äussern. Nun, in der Dreifachhalle der lintharena in Näfels, wäre es nicht möglich, eine Gemeindeversammlung, infolge Platzmangel, durch zu führen. Eine Teilnahme wäre nur sehr eingeschränkt möglich und dies verträgt sich mit unserer Demokratie nicht wirklich. Wenn wir nun davon ausgehen, dass die Exekutivbehörden aber sicherstellen müssen(!), von Amtes wegen, dass jede/jeder politisch Interessierte teilnehmen kann, ist ersichtlich dass eine Gemeindeversammlung nicht mehr korrekt durchführbar ist und die Entscheide somit angreifbar wären.

Auf kantonaler Ebene hat dies der Regierungsrat erkannt und sich mit dem Projekt der «politischen Partizipation» auf den Weg gemacht, dies zu analysieren und Handlungsfelder aufzuzeigen. Auf kommunaler Ebene ist seit Dezember 2020 ein Gemeindeversammlungsantrag der grünliberalen Nord hängig, der in die Richtung einer Neuorganisation der Gemeinde mit einem Parlament zielt. Neben dem Bestätigungsschreiben vom 6. Januar 2021 ist leider vom Gemeinderat in dieser Richtung noch nichts Spürbares passiert. Ich gehe davon aus, dass auch die weiteren Parteien, die ähnliche Vorstösse bei der Gemeinde eingereicht haben, auch noch nichts gehört haben.

Wir müssen an unserer Demokratie arbeiten. Nur das Festhalten am Bestehenden wird uns nicht weiter bringen. Veränderungen sind angezeigt, nur so können wir unsere Werte weiter pflegen und schützen.

Ruedi Schwitter, Landrat Glarus Nord / CO-Präsident glp Glarus